

Herausgegeben von Andreas Kranebitter / Isolde Vogel / Bernhard Weidinger

Handbuch

RECHTS

**EXTREM
ISMUS**

in Österreich

**FALTER
VERLAG**



D|O|W
Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes

Inhalt

Zum Geleit I	ALEXANDER VAN DER BELLEN	7
Zum Geleit II	EVA-MARIA HOLZLEITNER	9
Zum Geleit III	MICHAEL LUDWIG	11
Zum Geleit IV	MICHAEL HÄUPL	13
Rechtsextremismus in Österreich. Eine Einleitung		
	ANDREAS KRANEBITTER / ISOLDE VOGEL / BERNHARD WEIDINGER	15

I. GRUNDLAGEN

1.1. Zum Begriff des Rechtsextremismus		
	ANDREAS KRANEBITTER / ANDREAS PEHAM / BERNHARD WEIDINGER	22
1.2. Ursprung und Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich	BRIGITTE BAILER	30
1.3. Ein Fundament der Zweiten Republik. Das Verbotsgesetz in Geschichte und Gegenwart		
	FRIEDRICH FORSTHUBER / CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER	43
1.4. Rechtsextreme Ästhetiken: Entwicklungen und Symbole	BIANCA KÄMPF	57

II. ZAHLEN

2.1. Kriminalstatistische Zahlen in Langzeitperspektive		
	ANDREAS KRANEBITTER / ARNO PILGRAM / EMANUEL TANANAU BLUMENSCHNEIDER	74
2.2. Rechtsextreme Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung	ANDREAS KRANEBITTER / JOHANNA WILLMANN	97

III. AKTEURE

3.1. Neonazismus: Aktivitäten, Szenen und Entwicklungen	ANDREAS PEHAM	138
3.2. Burschen, Turner, Abwehrkämpfer: Das deutschnationale Vereinswesen	BERNHARD WEIDINGER / FLORIAN ZELLER	160
3.3. Alte Visionen in modernem Gewand: Die „Neue“ (identitäre) extreme Rechte	BERNHARD WEIDINGER	175

3.4. Migrantischer Rechtsextremismus in postmigrantischen Gesellschaften: Transnationale Dynamiken und politische Praxen EVRIM ERŞAN AKKILIÇ	195
3.5. Die FPÖ in Geschichte und Gegenwart: Im Kern rechtsextrem BRIGITTE BAILER / ANDREAS KRANEBITTER	214

IV. ASPEKTE

4.1. „Die Ausweitung des Sagbaren“: Zur Normalisierung des Rechtsextremismus RUTH WODAK	249
4.2. „Die fünfte Gewalt“: (Parallel-)Medien und Rechtsextremismus in Österreich LUIS PAULITSCH / BERNHARD WEIDINGER	274
4.3. Gaming und digitale Plattformen KATHRIN TRATTNER	290
4.4. Gender und Antifeminismus im österreichischen Rechtsextremismus JUDITH GOETZ	307
4.5. Antisemitismus und Verschwörungsdenken in der extremen Rechten zwischen Tradition und Transformation ISOLDE VOGEL	325
4.6. Religiöser Fundamentalismus und Rechtsextremismus LUCIAN REINFANDT / MARKUS WAGNER / ALEXANDER WEISSENBURGER	349
4.7. Globalisierter Antiglobalismus: Internationale Beziehungen des österreichischen Rechtsextremismus PHILIPP PFLEGERL / BERNHARD WEIDINGER	382

V. RESSOURCEN

5.1. Rechtsextremismusprävention in der Schule: Grenzen, Fallstricke und Möglichkeiten ANDREAS PEHAM / ELKE RAJAL	404
5.2. Anlaufstellen bei rechtsextremen Vorfällen	416
5.3. Organisations- und Medienverzeichnis	425

VI. ANHANG

6.1. Literaturverzeichnis	490
6.2. Personenregister	529
6.3. Autor*innen	538

Rechtsextremismus in Österreich. Eine Einleitung

ANDREAS KRANEBITTER / ISOLDE VOGEL /
BERNHARD WEIDINGER

Ein Handbuch – für welche Hände?

Die Idee der „Handbücher“ ist unmittelbar mit dem Anspruch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) verbunden, Forschungsergebnisse breitenwirksam der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Was heutzutage oft als „Public Sociology“ oder „Public History“ bezeichnet wird, meint ein wissenschaftliches Engagement in der Öffentlichkeit, für die Öffentlichkeit und mit der Öffentlichkeit. Es war vor über 60 Jahren einer der Gründungsgedanken des DÖW, gesellschaftlich tabuisierte Themen wie Holocaust, Porajmos oder allen voran Widerstand gegen den Nationalsozialismus etwa in „Monographien zur Zeitgeschichte“ breit zu publizieren – einer Reihe, in der DÖW-Mitarbeiter*innen wie der Holocaust-Überlebende Jonny Moser die „Judenverfolgungen in Österreich“ oder die Bibliothekarin und frühere Widerstandskämpferin Selma Steinmetz den Massenmord an Roma*Romnja und Sinti*Sintizze thematisierten.¹ Ab den 1970er-Jahren befassten sich die Expert*innen des DÖW in Fortführung dieser historischen, insbesondere an die Jugend gerichteten Aufklärungsarbeit auch mit dem wieder aufkommenden Neonazismus und Rechtsextremismus, bauten die größte Sammlung rechtsextremer Publikationen, Flugblätter und Museumsgegenstände in Österreich auf und publizierten ihre Forschung vorwiegend in Sammelbänden, deren erster

1979 erschien.² Nach mehrfachen Neuauflagen dieses Bandes legte das DÖW 1993 erstmals das „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ vor, das, vom damaligen wissenschaftlichen Leiter Wolfgang Neugebauer gemeinsam mit seiner späteren Nachfolgerin Brigitte Bailer ediert, im Laufe der 1990er-Jahre in mehreren Auflagen zu tausenden Exemplaren verkauft wurde.³

Anfang der 2000er-Jahre war der Optimismus groß, dass neue Medien, allen voran die Website des DÖW, die Notwendigkeit eines dicken Buches in geduldigem Papier erübrigen würden – das DÖW begann damit, rechtsextreme Entwicklungen in fundierten Hintergrundtexten unter der Rubrik „Neues von ganz rechts“ aufzuzeigen. In Zeiten intensiver Publikationstätigkeiten und kaum zu überblickenden Informationsaustausches ist die Idee eines Nachschlagewerks, in dem überblickshaft verbindliche Basisinformationen zu einzelnen Themen zur Verfügung gestellt werden, allerdings keineswegs passé, sondern im Gegenteil notwendiger denn je. Vor dem Hintergrund des nunmehr seit vielen Jahren zu beobachtenden, neuerlichen Vormarsches des Rechtsextremismus – ob in Form aggressiver organisierter Subkulturen, einschlägiger Straftaten, ideologischer Kampfbegriffe oder rechtsextremer Parteien weltweit – hat sich die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zur Neukonzeption des „Handbuchs“ entschieden. Da wir den Anspruch haben, alle Formen des Rechtsextremismus in Österreich zu durchleuchten, auch etwa seine deutschnationalen und post-migran-

tischen Ausformungen, haben wir den Titel geringfügig geändert – von „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ auf „Handbuch des Rechtsextremismus in Österreich“.

Wir wollen uns mit diesem „Handbuch“ nicht im Pessimismus suhlen, nicht defätistisch verkünden, wie schlimm die Welt geworden ist, sondern im Gegenteil all jenen ein Instrumentarium an die Hand geben, die die Demokratie verteidigen wollen, die Rechtsextremismus widersprechen und entgegentreten wollen. Dafür braucht es Wissen, dafür braucht es die exakte wissenschaftliche Beschreibung dessen, womit wir es eigentlich zu tun haben, dafür braucht es die Erkenntnis, dass Wörter wie „Remigration“ oder „Globalismus“, die für viele harmlos klingen mögen, etwas ganz anderes sind – das eine ein Gewaltprogramm, das andere eine gefährliche Verschwörungsfantasie. Das zu zeigen, ist Anspruch dieses „Handbuchs“. Wir wissen, dass dieses Buch, wie all unsere Veröffentlichungen zu Rechtsextremismus, viele Reaktionen hervorrufen wird. Hier ist es (nicht nur für uns, sondern auch für beobachtende Dritte) stets wichtig, Kritik von Diffamierung zu unterscheiden. Interessierte und konstruktive Kritik ist selbstverständlich immer möglich und immer willkommen, pauschale Diffamierungen haben kein anderes Ziel, als ein argumentatives Gegenüber zum „Feind“ zu erklären und im extremsten Fall, auch das kennen wir gut, dessen Abschaffung zu fordern. Brigitte Bailer und Wolfgang Neugebauer haben in ihrem Vorwort zum ersten „Handbuch“ des DÖW geschrieben, dass sie mit viel Gegenwind rechnen würden, doch bräuchten sie sich als Mitarbeiter*innen

„einer Einrichtung, die dem Andenken des (lebensgefährlichen) Widerstandes gegen die Nazidiktatur gewidmet ist, wohl auch vor bereits vor Erscheinen des Buches angekündigten juristischen Maßnahmen nicht zu fürchten.“⁴

Dem ist heute, rund dreißig Jahre später, nichts hinzuzufügen.

Wie hältst du's mit der Demokratie?

Rechtsextremismus ist antidemokratisch und sollte unseres Erachtens als Bedrohung der Demokratie erkannt werden. Das zeigen die Kapitel dieses Buches zur Genüge. Gleichzeitig ist Rechtsextremismus, und das mag auf den ersten Blick vielleicht überraschend klingen, nicht das „große Andere“ der Demokratie schlechthin. Denn Demokratie bringt Rechtsextremismus selbst hervor. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke schreibt daher treffend über Extremismus im Allgemeinen:

„Demokratien ohne extremistische Strömungen sind ebenso wenig denkbar wie eine Gesellschaft ohne Kriminalität. Der Extremismus ist eine mehr oder weniger stark ausgeprägte pathologische Komponente moderner demokratischer Gesellschaften. Es ist gleichwohl Teil der Gesellschaft, er hält ihr ein Spiegelbild vor. Das Studium des Extremismus ermöglicht Einsichten in Defizite der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung und in den Stand der Demokratisierung. Extremismusforschung ist immer auch angewandte Demokratieforschung.“⁵

Es geht beim Umgang mit Rechtsextremismus also nicht einfach nur darum, die

Demokratie in ihrem Istzustand gegen ihre Feinde an extremen „Rändern“ zu verteidigen, sondern sie als permanentes Ringen um Demokratisierung zu verstehen. Es gibt daher auch nicht die eine Lösung für das eine politische Problem. Das „Handbuch“ ist kein Leitfadensystem zum richtigen Handeln. Es endet beim Hinweis auf wissenschaftliche, staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen, an die man sich für weitergehende Recherchen oder im Konfliktfall wenden kann, versteht sich aber nicht als politischer Setzbaukasten, sondern als wissenschaftliche Analyse. Schlussfolgerungen müssen andere ziehen.

Warum „Rechtsextremismus“?

Was wir unter „Rechtsextremismus“ verstehen, erklären wir im Begriffskapitel dieses „Handbuchs“. Kurz gefasst geht es um eine antiuniversalistische und antilibérale Ideologie, die als „natürlich“ wahrgenommene Gruppen von Menschen autoritär in ein hierarchisches Verhältnis zueinander setzt.

Wir werden oft gefragt, warum wir uns gerade mit „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen und nicht allgemein mit „Extremismus“ oder auch spezifisch mit „Linksextremismus“. Die Antwort darauf liegt auf mehreren Ebenen. Zum einen scheint es uns zwar sinnvoll, „Extremismus“ allgemein als rigides und dogmatisches, in Freund-Feind-Schemata operierendes Denken mit Absolutheits- und Ausschließlichkeitsanspruch zu verstehen, doch läuft diese auf die Form fokussierende, von Werten und Zielsetzungen absehende Verallgemeinerung stets Gefahr, für spezifische Extremismusphänomene inhaltlich allzu abstrakt zu werden. Von „Extremismus“ alleine zu

sprechen, wird wissenschaftshistorisch oft schnell schematisch – als ginge es um ein Set von formalen Kriterien, das wie eine „Checklist“ abzuarbeiten wäre. Form und Inhalt lassen sich aber nicht trennen.

Der zweite Grund für einen spezifischen Rechtsextremismusbegriff liegt in der Geschichte Österreichs. Denn Rechtsextremismus stellt in dieser Geschichte die größte Zäsur dar. Die Nationalsozialisten waren hierzulande für die Verfolgung hunderttausender Menschen verantwortlich – politischer Gegner*innen, Jüdinnen*Juden, Roma*Romnja und Sinti*zze, sozialrassistisch als „asozial“ oder „kriminell“ Ausgeschlossener, körperlich und geistig Kranker, ins Gebiet des heutigen Österreich verschleppter Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter*innen und vieler mehr. Das DÖW wurde 1963 vor allem von NS-Überlebenden und Widerstandskämpfer*innen gegründet, um Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus und schließlich Rechtsextremismus zu dokumentieren und zu erforschen. Darin, in der Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Rechtsextremismus, liegt die Expertise der Mitarbeiter*innen und auch ihre statistische Aufgabe.⁶ Es versteht sich von selbst, dass das DÖW, dem Antifaschismus und der pluralistischen Demokratie verpflichtet, auch andere Formen des Extremismus ablehnt – ihre Erforschung ist aber Aufgabe und Expertise anderer.

Unser Rechtsextremismusbegriff wird, auf Basis der grundlegenden Definition von Willibald Holzer,⁷ im Begriffskapitel dieses „Handbuchs“ transparent dargelegt und damit auch zur Diskussion gestellt. Es ist zu betonen, dass diese Definition der Orientierung dient und kein starres

theoretisches Korsett sein will. Viele der Autor*innen dieses Bandes schreiben vor dem Hintergrund anderer Theorie- und Begriffstraditionen, teils auch vor dem Hintergrund anderer Voraussetzungen in der internationalen Forschungscommunity, was etwa in der Verwendung von Begriffen wie „Rechtspopulismus“,⁸ zuweilen auch „Faschismus“⁹ zum Ausdruck kommt. Wo die Autor*innen dieses „Handbuchs“ andere Begrifflichkeiten verwenden, weisen sie selbst darauf hin und verweisen auf andere Definitionen. Sozialwissenschaftliche Begriffe sind heuristische Instrumente – ein rigides Festhalten an ihnen kann im Extremfall sogar ein autoritäres Wissenschaftsverständnis bedeuten.¹⁰

Wie ist das „Handbuch“ aufgebaut?

Dieses „Handbuch“ verbindet Überblicksdarstellung, Nachschlagewerk und vertiefende Analysen. Entsprechend gliedert sich das Buch in sechs Abschnitte: Abschnitt I behandelt Grundlagen wie die Definition des Rechtsextremismusbegriffs, historische Entwicklungslinien und die juristische Bekämpfung nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Abschnitt II widmet sich quantitativen Aspekten des Rechtsextremismus in Form von Kriminalstatistik und Einstellungsmessung. In Abschnitt III werden die verschiedenen Ausprägungen des Rechtsextremismus in Österreich vorgestellt, dem neonazistischen, deutschnationalen, „neurechten“, (post-)migrantischen sowie parteipolitischen Rechtsextremismus. Abschnitt IV geht auf verschiedene thematische Aspekte des Rechtsextremismus ein, wie die Sprache und sprachliche Normalisierung, Ästhetik und (verbotene) Symbole, Medien und soziale Medien, An-

tifeminismus, Antisemitismus, religiöser Fundamentalismus und internationale Vernetzungen. Abschnitt V stellt Ressourcen der Rechtsextremismusprävention sowie Anlauf- und Beratungsstellen vor. Den Abschluss bildet ein kompaktes Verzeichnis der Organisationen, Einrichtungen und Publikationsorgane des Rechtsextremismus in Österreich einschließlich seines Vorfelds, ergänzt durch Personen- und Organisationsindices sowie eine Gesamtbibliografie (Abschnitt VI).

Editorische Vorbemerkungen

Das vorliegende „Handbuch“ basiert auf wissenschaftlichen Untersuchungen zu rechtsextremen Akteur*innen, deren Umfeld, Ideologie, Handlungsfeldern und -methoden. Diese Untersuchungen ermöglichen analytische Schlussfolgerungen, stellen jedoch ausdrücklich keine rechtlichen Bewertungen dar. Die bloße Erwähnung von Personen oder Organisationen in diesem Buch ist nicht gleichbedeutend mit einer Einstufung als rechtsextrem. Wo eine solche Einstufung explizit vorgenommen wird – im Organisations- und Medienverzeichnis in Abschnitt VI –, ist diese nicht mit der Vorhaltung strafbaren Handelns gleichzusetzen. Auch bei der Einstufung als neonazistisch handelt es sich um keine juristische, sondern um eine sozialwissenschaftliche Beurteilung.

Das „Handbuch“ verfügt über eine Gesamtsammlung der Literaturhinweise aller Beiträge am Buchende. Quellen und journalistische Beiträge hingegen finden sich in den Endnoten des jeweiligen Beitrags. Das Datum des letzten Zugriffs wurde für alle Online-Ressourcen vereinheitlicht: es ist der 1.2.2026, der zugleich den Redaktions-

schluss des Buches markiert. Nicht mehr online abrufbare Belege wurden als solche ausgewiesen, lokale Sicherungen liegen dem DÖW in all diesen Fällen vor.

In diesem Buch verwenden wir einheitlich eine geschlechtergerechte und möglichst inklusive Sprache. Geschlechtsneutrale Formulierungen wie „Aktivist*innen“ stehen für Menschen aller Geschlechter. Maskuline bzw. feminine Formen werden im Sinne der inhaltlichen Präzision dort verwendet, wo exklusiv männliche oder weibliche Personenkreise behandelt werden.

Danksagung

Die Erforschung spezifischer Extremismusphänomene erfordert spezifische Expertisen. Das DÖW beschäftigt sich seit über 60 Jahren mit der Dokumentation und Erforschung des Nationalsozialismus in Österreich. Vor diesem historischen Hintergrund hat es sowohl den klaren Auftrag als auch die jahrzehntelange Expertise darin, Rechtsextremismus zu erforschen. Expert*innen für Rechtsextremismus müssen etwa nicht Expert*innen für religiösen Fundamentalismus sein. Für die Thematisierung der dennoch existenten inhaltlichen Grauzonen und Überschneidungsbereiche im Buch haben wir verschiedene Partner*innen gewinnen können, denen wir für ihre Mitwirkung danken: Den *Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus* (Dokumentationsstelle Politischer Islam), das *Vienna Centre for Societal Security* (VICESSE) sowie die „Fachgruppe Strafrecht“

in der *Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter* (RIV).

Als Herausgeber*innen gilt unser spezieller Dank den Autor*innen dieses „Handbuchs“. Hervorheben möchten wir unsere Kolleg*innen im DÖW, die durch ihre beständige Dokumentations- und Forschungsarbeit, ihre Einordnungen und Analysen und schließlich durch das Verfassen von Beiträgen an diesem „Handbuch“ mitgewirkt haben: Evrim Erşan Akkılıç, Bianca Kämpf, Claudia Kuretsidis-Haider, Andreas Peham und Florian Zeller. Auch ehemaligen Leiter*innen und Mitarbeiter*innen, auf deren Arbeit das vorliegende „Handbuch“ aufbauen konnte, gebührt unser Dank, allen voran Brigitte Bailer, Herbert Exenberger, Willi Lasek und Wolfgang Neugebauer. Ebenso sind wir den externen Autor*innen zu besonderem Dank verpflichtet, die ihr Wissen beigesteuert haben und so dieses „Handbuch“ um vielfältige Perspektiven und Expertisen bereichern: Emanuel Tananau Blumenschein, Friedrich Forsthuber, Judith Goetz, Luis Paulitsch, Philipp Pflegerl, Arno Pilgram, Elke Rajal, Lucian Reinfandt, Kathrin Trattner, Markus Wagner, Alexander Weissenburger, Johanna Willmann und Ruth Wodak. Weiters danken wir für die Mitarbeit beim Erstellen des Verzeichnisses Markus Sulzbacher und Maria Zimmermann sowie für die Recherche von Fotos Samuel Winter. Dem *Falter Verlag* danken wir für die kollegiale Zusammenarbeit und Toleranz gegenüber unserer fristüberschreitenden Arbeitsweise.

Endnoten

- 1 Moser, Judenverfolgung; Steinmetz, Zigeuner.
- 2 DÖW (Hrsg.), Rechtsextremismus.
- 3 Vgl. DÖW (Hrsg.), Handbuch.
- 4 Bailer/Neugebauer, Einleitung, S. 10.
- 5 Jaschke, Politischer Extremismus, S. 7.
- 6 Es war das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das in jahrzehntelanger Arbeit in verschiedenen Projekten der individuellen namentlichen Erfassung sowohl die Namen als auch relativ exakte Zahlen der österreichischen NS-Opfer eruieren konnte. Demnach wurden beinahe 66.000 Jüdinnen*Juden in der Shoah, mehr als 9.000 Roma*Romnja und Sinti*zze im Porajmos, etwa 9.500 politisch Verfolgte von Polizei- und Justizinstanzen des NS-Staats (von insgesamt etwa 100.000 politisch Widerständigen) und etwa 25.000 Patient*innen im Zuge verschiedener „Euthanasie“-Aktionen ermordet, sodass wir heute von 110.000 österreichischen Opfern der NS-Verfolgungspolitik ausgehen (vgl. Bailer/Wohnout, Das Projekt „Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945“, S. 81–88; Neugebauer, Der österreichische Widerstand, S. 312 f.).
- 7 Vgl. Holzer, Rechtsextremismus.
- 8 Der Begriff des Populismus wird in der sozialwissenschaftlichen Debatte zwar häufig als Bezeichnung für einen bestimmten politischen Stil verwendet, oft aber auch als „dünne Ideologie“ einer behaupteten „Stimme des Volkes“ im Protest gegen „die da oben“ verstanden. Der Gedanke einer völkischen „Rebellion“ gegen diese „Elite“ ist in diesem Verständnis nicht nur Form, sondern inhaltliche Grundposition des Rechtsextremismus. Ob Rechtspopulismus nun aber als politischer Stil, als Vorform, als Teil des Rechtsextremismus oder gar als dessen Synonym verstanden wird, hängt von der analytischen Perspektive und Theorietradition ab. Das vorliegende Handbuch überlässt diese Entscheidung bewusst den Autor*innen der Beiträge.
- 9 Der Faschismusbegriff fand in den Arbeiten des DÖW einerseits wegen seiner inflationären Verwendung durch Dritte spätestens ab den 1970er-Jahren, andererseits wegen seiner häufig ausschließlichen Anwendung auf die Diktaturen der Zwischenkriegszeit selten Eingang, erlebt in jüngerer Zeit aber insbesondere in der US-amerikanischen Forschung eine analytische Renaissance (vgl. zuletzt etwa Jason Stanley, Wie Faschismus funktioniert).
- 10 Vgl. Kranebitter/Gruber, Ambiguity.

3.5. Die FPÖ in Geschichte und Gegenwart: Im Kern rechtsextrem

BRIGITTE BAILER / ANDREAS KRANEBITTER

Einleitung

In der Geschichte der Zweiten Republik gab es mehrere rechtsextreme Organisationsversuche in Form politischer Parteien.¹ Keine davon erreichte allerdings die Stärke und Langlebigkeit der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ). Sie durchlief in ihrer Geschichte, wie ein historischer Überblick im ersten Teil dieses Beitrags zeigen wird, zwar unterschiedliche Phasen und wies unterschiedliche Konstellationen ihrer ideologischen Elemente auf, die im Wesentlichen in (neo-)liberalen und (deutsch-)nationalen Positionen bestehen, war für den offen organisierten Rechtsextremismus aber über Jahrzehnte Bezugspunkt. Sie kann als bis in die 1960er-Jahre und ab 1986 (mit Unterbrechungen Anfang der 2000er-Jahre) größte und stärkste Kraft am extrem rechten Rand des politischen Spektrums charakterisiert werden und ist, wie im zweiten Teil des Beitrags analytisch dargelegt wird, in ihrer heutigen Form als im Kern rechtsextrem zu klassifizieren. Das rechtfertigt, den Fokus dieses Beitrags auf die FPÖ zu legen.

Zunächst ist zu betonen, dass sozialwissenschaftliche Analysen politische Parteien in ihren Tendenzen und allgemeinen Merkmalen charakterisieren. Es geht im Folgenden also nicht um jede*n Funktionär*in, jedes Mitglied und schon gar nicht jede*n einzelne*n Wähler*in der FPÖ, nicht um die Analyse von Wahlmotiven oder Einstellungen, sondern um eine Analyse auf drei Ebenen, nämlich erstens der Geschichte der

Partei und ihrer historischen Entwicklung, zweitens ihres Umgangs mit offen rechtsextremen Personen, Organisationen und Publikationen und drittens ihres ideologischen „Grundkonsenses“, wie er sich in Parteiprogrammen und programmatischen Reden manifestiert.² Als solchen „verpflichtenden gemeinsamen Grundkonsens“³ bezeichnete der Parteiideologe Andreas Mölzer schon zu Zeiten der Parteiobmannschaft Jörg Haiders, in denen der Wachstumsprozess auch ideologisch fernstehendere Schichten an die FPÖ zu binden vermochte, das „ethnisch-kulturelle Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“⁴ – daran hat sich, wie gezeigt werden wird, bis heute nichts geändert.

Zu bedenken sind dabei zwei Eigenheiten der politischen Kultur in Österreich. Zum einen ist das die relativ große „Kohäsionskraft“ der politischen „Lager“: Die politischen Parteien auf der Linken wie der Rechten haben in Österreich im europäischen Vergleich historisch früh eine Art Bindungsfähigkeit entwickelt. Während die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ) eine hohe Integrationswirkung in linken Milieus entfaltete, die die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) meist zur Bedeutungslosigkeit verdammt, banden die FPÖ und ihre Vorgängerorganisation weiter rechts der Mitte alle politischen Organisationsversuche, zumindest nach 1945. In der Tat ist gerade diese Bindung der österreichischen Rechten und die Inklusion rechtsextremer Ideologeme ein wesentliches Merkmal, das Österreich etwa

von Deutschland bis zum Aufkommen der *Alternative für Deutschland* (AfD) unterscheidet. Zum anderen und damit verbunden vermochte es die FPÖ, zumindest seit der Obmannschaft Jörg Haiders, ideologisch unverhandelbare Positionen durch einen äußerst pragmatischen Umgang mit neuen Wähler*innengruppen zu verbinden, deren maximal diffuse Ungleichheitsideologien sozusagen ideologisch aufgeladen wurden – wenn man so will, eine österreichische Erfindung der Verbindung von Extremismus und Populismus, die Vorbildwirkung für die extreme Rechte in ganz Europa hatte.⁵

Die Geschichte der FPÖ – ein kurzer historischer Überblick

Die *Freiheitliche Partei* steht wie der größte Teil des österreichischen Rechtsextremismus in der im 19. Jahrhundert wurzelnden Tradition des auch politisch organisierten Deutschnationalismus, der nicht zuletzt wesentlich zur Entstehung der nationalsozialistischen Ideologie beigetragen hatte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gelang es dem deutschnationalen politischen Spektrum, sich bis zur ersten Hälfte der 1950er-Jahre wieder zu konstituieren, wobei den deutschnationalen studentischen Korporationen als wesentlichem Kontinuitätselement und Funktionsreservoir große Bedeutung zukam.⁶ Als parlamentarischer Arm des Lagers wirkte ab 1949 der als „Sammel- und Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten“⁷ anzusehende *Verband der Unabhängigen* (VdU). Er vertrat damit, wie Margit Reiter rekonstruiert hat, ein Milieu der „Ehemaligen“ aus „besonders ‚gesinnungstreuen‘ und ‚belasteten“

Nationalsozialisten, die sich nie gänzlich von ihrer politischen Vergangenheit lösen wollten oder konnten“⁸ und in Extremfällen, wie dem ehemaligen Gauinspekteur Stefan Schachermayr, noch Jahrzehnte später stolz an ihrer einstigen Gesinnung festhalten sollten.⁹

Die Gründung des VdU als „vierte Partei“ neben den drei Gründer- und Regierungsparteien *Österreichische Volkspartei* (ÖVP), SPÖ und KPÖ lag Ende der 1940er-Jahre gewissermaßen in der Luft. Diesbezügliche Pläne waren nicht nur für politische Beobachter*innen und Mitbewerber*innen ein offenes Geheimnis, sondern auch für die alliierten Besatzungsmächte. In Umfragen ihrer „Survey Section“ erhob die amerikanische Militärverwaltung etwa im Jänner 1948 in ihrer Besatzungszone, dass sich ungefähr ein Viertel der Wiener*innen durch die drei bestehenden Parteien nicht vertreten fühlte. Zwar befürwortete nur ein Teil von ihnen die Gründung einer vierten Partei, die allerdings als „ganz rechts gerichtete Partei“ am rechten Ende des politischen Spektrums stehen sollte – sodass die amerikanischen Berichterstatter besorgt von einem möglichen „Unterschlupf fuer eine nazistische Organisation“ sprachen, und das möglicherweise (darin waren die Beobachter geradezu prophetisch) auch gegen anders lautende Pläne der Parteiführung.¹⁰ Bei der zweiten Nationalratswahl 1949 bestand nach der entsprechenden Amnestie von 1948 ein Wählerreservoir von etwa 450.000 „Minderbelasteten“,¹¹ um die zwar alle Parteien buhlten, deren politische Repräsentation aber schließlich in dem im März 1949 gegründeten VdU und dessen Funktionären aus dem Kreis der „Ehemaligen“ bestand. Der VdU war, wie Oliver

Rathkolb zusammenfasst, „nichts anderes als ein Interessenverband von Betroffenen der Entnazifizierungsgesetzgebung mit einer pseudoliberalen Führung“.¹²

Infolge von Wahlniederlagen 1953 und 1954 und interner Querelen zwischen dem deutlich kleineren liberalen und dem dominanten „nationalen“ Flügel, löste sich der VdU schließlich selbst auf. Sein „nationaler“ Kern ging in der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) auf, die bald nach dem Staatsvertrag und dem Abzug der Alliierten auf einem Gründungsparteitag am 7. April 1956 konstituiert wurde.¹³ In ihr spielten neben den genannten ehemaligen Nationalsozialisten Burschenschafter als traditioneller Kern des Deutschnationalismus eine zentrale Rolle.¹⁴ War schon der VdU dezidiert rechts positioniert, so hatte sich die FPÖ als eine dezidiert nationale Sammlung noch weiter nach rechts bewegt, sodass sogar der VdU-Mitbegründer Herbert Kraus nach dem FPÖ-Gründungsparteitag bei einer Pressekonferenz verlautbarte: „Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme von einem kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern.“¹⁵

Als erster Bundesparteiohmann der FPÖ wurde – nicht zuletzt als klares Signal gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten – der erst 1953 als belasteter Nationalsozialist begnadigte Anton Reinthaller gewonnen, der 1938 Landwirtschaftsminister in der „Anschluss“-Regierung Seyß-Inquarts gewesen war, als langjähriges NSDAP- und SS-Mitglied 1941 den Ehrenrang eines SS-Brigadeführers erhalten und das „Goldene Parteiabzeichen“ der NSDAP getragen hatte.¹⁶ Von Anfang an stand die FPÖ in der Tradition des Deutschnationalismus und

des Konzepts einer sozialen Volksgemeinschaft.¹⁷ Als „vornehmste“ ihrer Aufgaben bezeichnete die FPÖ in ihrem ersten Parteiprogramm so „die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind.“¹⁸

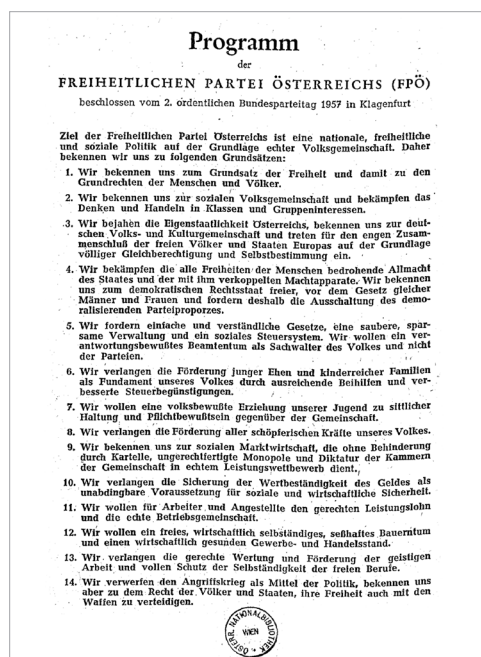


Abb. 1: Erste Seite des ersten, 1957 beschlossenen Parteiprogramms der FPÖ, das in 14 Punkten die ideologische Positionierung kodifizierte.

(Freiheitliches Bildungsinstitut, https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Parteiprogramm_der_FPÖE_1957.pdf)

Nach Reinthallers Tod übernahm 1958 Friedrich Peter, der schon im VdU aktiv gewesen war, den Vorsitz der Partei. Als ehemaliger Angehöriger der für tausendfache Morde an Jüdinnen und Juden sowie sowjetischen Kriegsgefangenen verantwortlichen 1. SS-Infanteriebrigade¹⁹ formulierte er am ersten Tag nach seiner Wahl zum Obmann ein Bekenntnis zu den „Soldaten in Stalingrad, gleichgültig ob Deutsche oder

Österreicher“,²⁰ die sich für die Heimat geopfert hätten, und schien dem rechten Flügel der Partei als Garant der Fortführung der „nationalen“ Ausrichtung. Doch entgegen diesen Erwartungen und seinen eigenen anfänglichen Positionierungen²¹ versuchte Peter, motiviert von politischer Opportunität, die FPÖ in den nächsten Jahren in Richtung stärkerer liberaler Ausrichtung und damit wohl auch aus der Isolation in die Regierungsfähigkeit zu lenken.²² Dieser Versuch einer Neuausrichtung führte 1966/67 zur Abspaltung einer Gruppe jüngerer Funktionäre um den Burschenschaftler Norbert Burger und zur Gründung der *Nationaldemokratischen Partei* (NDP),²³ ebenso wie zu einer wachsenden kritischen Distanz des übrigen organisierten Rechtsextremismus zur liberaler werdenden FPÖ. Die NDP ihrerseits versuchte sich durch Antreten bei Wahlen im demokratischen Spektrum am äußersten rechten Rand zu etablieren, blieb dabei allerdings erfolglos.²⁴ 1988 wurde ihr wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung der Status einer politischen Partei aberkannt und damit der Weg zur Auflösung geebnet.²⁵ Funktionäre der NDP waren seit den 1970er-Jahren unter den Gründern weiterer, noch radikaler auftretender Gruppen wie der *Aktion Neue Rechte* (ANR) oder der → *Ausländer Halt Bewegung*²⁶, die gleichfalls nach Kandidaturen bei Wahlen strebten, was aber durch ein grundlegendes Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur ANR 1985²⁷ in allen Fällen verunmöglicht wurde.

Doch obschon Peter mit seiner Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky der FPÖ zumindest innerhalb des parlamentarischen Gefüges zu einem Bedeutungsgewinn verhalf, schlug sich dieser nicht in den Wahlergebnissen nieder.²⁸ Der

Weg Richtung Liberalismus fand sich in der Parteiprogrammatik nicht wieder,²⁹ ging aber – wenigstens vorläufig – trotzdem weiter, als nach der nur zwei Jahre dauernden Obmannschaft von Alexander Götz, einem Angehörigen des „nationalen“ Flügels, in einer Kampfabstimmung 1980 der junge, damals liberale Norbert Steger zum neuen Obmann gewählt wurde, der 1983 die FPÖ als Vizekanzler in die von Fred Sinowatz (SPÖ) geleitete Regierung führte.

Der Liberalismus blieb letztlich auch in dieser Phase der FPÖ-Parteigeschichte oberflächlich, weil auf einzelne Funktionäre (etwa den „Atterseekreis“ rund um Steger und Friedhelm Frischenschlager) beschränkt und nicht auf Programmatik oder Basis übergehend.³⁰ Der Weg der FPÖ mündete zunächst in die Abspaltung des Kärntner Nationalratsabgeordneten und früheren stellvertretenden Parteiobmanns Otto Scrinzi, dessen offen zur Schau getragener Rechtsextremismus – „Ich war immer rechts, auch in der NSDAP“³¹ – ihn 1984 zur Gründung der *National-Freiheitlichen Aktion* (NFA) motivierte, deren sichtbarste Aktivität in einer mit 1,2 Prozent der Stimmen erfolglosen Präsidentschaftskandidatur 1986 bestand. Doch auch innerhalb der FPÖ kam es zum Aufstand des deutschnationalen Flügels, der – unterstützt von Burschenschaften und den ihnen nahestehenden → *Freiheitlichen Akademikerverbänden* – ebenfalls 1986 den (aus Oberösterreich stammenden) jungen Kärntner Funktionär Jörg Haider zum neuen Parteiobmann machte, und damit eine grundlegende Wende in der ideologischen Ausrichtung der FPÖ weg vom Versuch des Liberalismus und hin zu einer Wiederannäherung an den Rechtsextremismus bewirkte.

Die Wahl Haider löste eine neuerliche Annäherung nicht nur des traditionellen Rechtsextremismus, sondern sogar militant rechtsextremer bis hin zu neonazistischer Gruppen an die FPÖ aus. Der neue Obmann wurde bis hin zu Burgers NDP und dem Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger erfreut begrüßt.³² So meinte Burger 1987, die NDP werde einer „wirklich nationalen FPÖ keine Konkurrenz machen“.³³

Als in Reaktion auf die geänderte Situation der sozialdemokratische Bundeskanzler Franz Vranitzky³⁴ die Koalition mit der FPÖ aufkündigte, rief bei den anschließenden Nationalratswahlen das gesamte rechtsextreme und neonazistische Organisations- und Personenspektrum zur Stärkung des Haider-Flügels durch die Vergabe von Vorzugsstimmen auf, letztlich konnte die FPÖ ihren Stimmenanteil auf 9,7 Prozent verdoppeln. Damit setzte ein anhaltender Anstieg der Wähler*innenstimmen für die Freiheitlichen ein, der mit rund 26 Prozent 1999 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte,³⁵ der erst 2024 (mit 28,8 Prozent der Stimmen) übertroffen wurde. Anfangs erfüllte der im deutschnationalen politischen Klima Kärntens beheimatete Haider die Erwartungen der rechten und rechtsextremen Anhängerschaft voll und ganz, wenn er beispielsweise 1988 im österreichischen Fernsehen die österreichische Nation als „ideologische Missgeburt“ bezeichnete und damit seine deutschnationale Grundhaltung mehr als verdeutlichte.³⁶ Aus wahltaktischen Überlegungen³⁷ schwenkten die FPÖ und Haider aber in der Folge auf einen österreich-patriotischen Kurs um, Haider selbst postulierte 1995 öffentlich das Ende der „Deutschtümelei“, also der im österreichischen Rechtsextremismus bis dato

dominanten deutschnationalen Orientierung.³⁸ Seinem rechtsextremen Umfeld wurde jedoch die Doppelzüngigkeit klar kommuniziert, als Haider wenig später im Rahmen seiner Burschenschaft *Silvania* den „traditionellen Schwur“ auf die deutsche Volkszugehörigkeit erneuerte.³⁹ Auch im Parteiprogramm selbst blieb – wohl weniger deutlich als zuvor und danach – implizit das deutschnationale Bekenntnis erhalten.⁴⁰

Neben dieser veränderten ideologischen Ausrichtung nach außen waren die folgenden Jahre auch durch den von Opportunität getragenen Populismus Haider gekennzeichnet, der gezielt alle Themen aufgriff, bei denen er sich aus Verunsicherung in der Bevölkerung resultierende Zustimmung versprach, seien es die neuen Reise- und Migrationsbewegungen aus Osteuropa im Gefolge des Falles des „Eisernen Vorhangs“ oder auch die mit dem EU-Beitritt 1995 verbundenen Ängste in Teilen der Bevölkerung. In diesem Kontext griff die FPÖ wiederum die schon von der NDP benutzte Ausländerfeindlichkeit als zentrales Thema populistischer Propaganda auf, was nicht zuletzt 1993 zur Abspaltung einiger liberaler Abgeordneter und zur Gründung des *Liberalen Forums* (LIF) führte.⁴¹ Haider wurde Vorreiter jener „Politik mit der Angst“,⁴² die heute zum Markenzeichen rechtspopulistischer Bewegungen in und auch außerhalb Europas wurde. Innerhalb Österreichs führte seine Obmannschaft jedoch auch zu einer neuen dauerhaften Annäherung des außerparlamentarischen rechtsextremen Lagers an die FPÖ, das ihn nun als seinen Vertreter im Parlament begriff. Zahlreiche Funktionäre verschiedener rechtsextremer Organisationen fanden den Weg zurück in

die FPÖ, wo sie Funktionen und Mandate übernahmen.⁴³

Gleichzeitig vollzog sich ein bemerkenswerter Wechsel in der Wählerschaft der Partei, wobei Haider und die FPÖ erstmals politische und ökonomische Veränderungen sowie Krisen und daraus resultierende Verunsicherungen unter Beschäftigten in Industrie und Gewerbe populistisch für sich zu nutzen verstanden.⁴⁴ Der oben angesprochene Fall des „Eisernen Vorhangs“ stellte die jahrzehntelang gewohnte politische Stabilität infrage, die vorherrschende Technologieglaubigkeit wurde von neuen Themen des Umweltschutzes herausgefordert und vor allem die lange Jahre vorherrschende ökonomische Stabilität geriet ins Wanken. Schon mit Beginn der 1980er-Jahre hatte die bis dahin vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit deutlich zu steigen begonnen.⁴⁵ Damit fielen Sozialdemagogie und Verschwörungserzählungen der FPÖ auf fruchtbaren Boden. Waren bei den Nationalratswahlen 1993 nur zwei Prozent der FPÖ-Wähler*innen formal Arbeiter*innen gewesen, betrug dieser Anteil 1994 ein Drittel und 1996 waren drei Viertel der FPÖ-Wähler*innen Arbeiter*innen oder gering verdienende Angestellte.⁴⁶ Hinsichtlich sozialstruktureller Kriterien wurde die FPÖ damit zunehmend von Menschen mit geringerer formaler Bildung und geringem Einkommen gewählt.⁴⁷

Der von Haider zunehmend eingeschlagene Kurs der inhaltlichen Beliebigkeit, der wohl auch die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 ermöglichte, führte jedoch zu Konflikten mit den neu gewonnenen rechten und rechtsextremen Funktionärskreisen. Ein bedeutender Stimmenverlust bei den Nationalratswahlen 2002⁴⁸

trug zur Verschärfung der Gegensätze bei, die Haider dazu bewogen, sich 2005 mit dem *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) von der FPÖ abzuspalten.⁴⁹

Mit Heinz-Christian Strache wurde nun ein Burschenschafter mit neonazistischer biografischer Vergangenheit zum neuen Obmann der FPÖ, der einen neuerlichen deutlichen Rechtsruck zu garantieren schien.⁵⁰ Entsprechend freudig wurde diese Neuausrichtung der FPÖ auch im offen rechtsextremen und neonazistischen Lager begrüßt.⁵¹

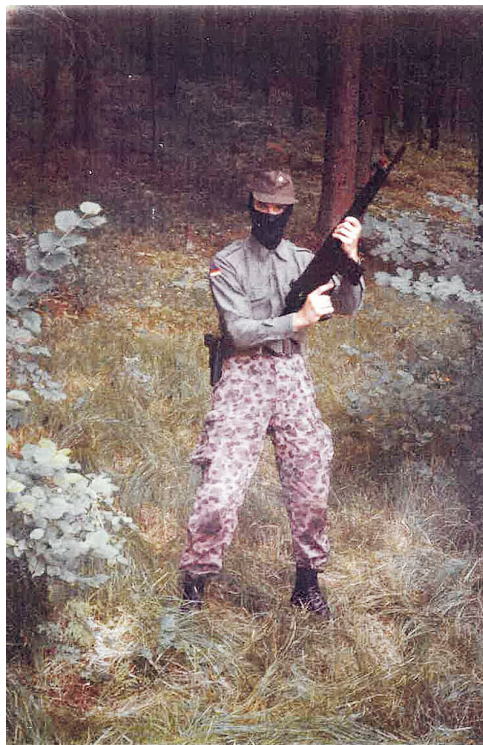


Abb. 3: Heinz-Christian Strache (im Wald bei Wehrsportübungen mit Softair-Waffen) war Recherchen der Journalistinnen Nina Horacek und Claudia Reiterer zufolge ca. zwischen 1985 und 1992 Teil der neonazistischen Szene in Österreich, parallel dazu Mitglied der pennalen Burschenschaft *Vandalia* in Wien und ab 1989 auch Mitglied der FPÖ. (Horacek/Reiterer, HC Strache, Kap. 3, Foto: S. 148)

Der neuerliche Rechtskurs wurde sowohl im Parteiprogramm von 2011⁵² als auch im „Handbuch Freiheitlicher Politik“ aus 2013 deutlich, beide Texte weisen starke Bezüge zu rechtsextremer Ideologie auf. So wurde in das Programm 2011 ausdrücklich das Bekenntnis zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ aufgenommen und Österreich als deren Bestandteil definiert⁵³ – angesichts dessen, dass diese Formulierung innerhalb der FPÖ immer wieder debattiert wurde, gleichermaßen ein Indikator für Rechtsextremismus wie ein Code ins offen rechtsextreme Lager.⁵⁴ Das Handbuch wiederum fordert deutlicher als das Programm das Prinzip einer sozialen Volksgemeinschaft, ohne dies jedoch klar zu formulieren,⁵⁵ wie insgesamt eine 2016 verfasste Analyse in diesem Text zahlreiche Elemente rechtsextremer Ideologie nachweisen konnte.⁵⁶ Wenn sich Strache auch gezwungen sah, sich öffentlich von der bekanntesten rechtsextremen Gruppierung, der → *Identitären Bewegung*, zu distanzieren, sahen außerparlamentarische Rechtsextreme die FPÖ mit zumindest Sympathie, wie zahlreiche Besuche einschlägiger Aktivisten bei öffentlichen FPÖ-Veranstaltungen vermuten lassen.⁵⁷ Zudem kam es trotz organisatorischer Abgrenzungen zur Übernahme politischer Konzepte der *Identitären* – unter anderem des rassistischen Verschwörungsmythos des „Bevölkerungsaustauschs“.⁵⁸

Der neue Kurs der Partei schlug sich erst mit fremdenfeindlichen – insbesondere antimuslimisch-rassistischen – Kampagnen in Wahlergebnissen nieder, inhaltlich betreut vom damaligen Generalsekretär Herbert Kickl. Damit konnte sich die FPÖ bis 2017 auf beinahe 26 Prozent der Stimmen steigern. Diese Zugewinne verdankte die

Partei einer bereits seit der Obmannschaft Haiders veränderten Wähler*innenschaft, die sich nunmehr stärker – einem internationalen Trend folgend – aus der Arbeiter*innenschaft und hier wieder vor allem männlichen Wählern rekrutierte.⁵⁹ Deren Zustimmung resultierte aus verschieden begründeter Unzufriedenheit und Unsicherheit und teilweise autoritären Einstellungsmustern.

Exkurs: Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zur Attraktivität des Rechtsextremismus

Auch wenn aus Platzgründen hier nicht auf die zahlreichen sozialwissenschaftlichen Analysen eingegangen werden kann, können skizzenhaft einige wesentliche Punkte der Debatten festgehalten werden: Für so gut wie alle früheren Großparteien ist (in Ländern mit Verhältniswahlrecht) eine sinkende traditionelle Parteienbindung zu beobachten, die unter anderem aus einem Gefühl mangelnder Repräsentation resultiert und spätestens seit den 1990er-Jahren Phänomene der Nicht-, Wechsel- und Protestwähler*innenschaft hervorgerufen hat. Aus der politischen Schwäche traditioneller Parteien und ihrer Erzählungen resultierte geradezu ein politisches Vakuum, in dem der (Rechts-)Populismus für viele, nicht zuletzt aufgrund seiner sozialdemagogischen Propaganda, eine große Anziehungskraft entwickeln konnte.⁶⁰

Er konnte dabei durchaus auf Gefühle der Entrechtung und des Ehrverlusts insbesondere von Facharbeiter*innen-Berufen in zunehmend postindustriellen Zeiten setzen (die Begriffe wie „rust belt“ für ehemalige Industriezonen der USA bereits in

sich tragen), die anschlussfähig für rechte Mobilisierungen der „Rebellion“ im Sinne einer herrschaftskonformen Scheinrebellion waren.⁶¹ Besondere Anziehungskraft entwickelte die FPÖ daher für männliche Wähler einerseits und Wähler*innen mit geringer formaler Bildung andererseits.⁶² Die große Geschwindigkeit sozialen Wandels, gerade in Zeiten der Deindustrialisierung, befeuerte persönliche wie kollektive Zukunfts- und Abstiegsängste, politische Deprivation und (Kultur-)Pessimismus, damit auch Rechtsextremismus als gewissermaßen moderne Anti-Moderne, der die Wiederherstellung eines früheren Zustands der Ehre und Sicherheit verspricht.⁶³ Wie Wilhelm Heitmeyer in mehreren Studien dargelegt hat, erzeugte der soziale Wandel eines zunehmend autoritären Kapitalismus individuelle wie gesellschaftliche Kontrollverlustängste, die nach einem autoritären Sicherheitsversprechen und seinen Versprechungen verlangen, die Kontrolle auf autoritäre Art wiederherzustellen.⁶⁴

Aber auch reale neue Ungleichheiten und Verteilungskämpfe in Zeiten mangelnden Wachstums und real steigender sozio-ökonomischer Ungleichheit spielen eine große Rolle – die (politisch mobilisierbaren) „Triggerpunkte“⁶⁵ sind vielfältig. Teil dieser Verteilungskämpfe ist eine patriotisch bis „völkisch“ bzw. rassistisch aufgeladene Definition einer „Wir-Gruppe“, die mit der Abwehr von Migrationsbewegungen einhergeht. Einen Rassismus der Arbeiter*innen hatte es zwar bereits in früheren Zeiten gegeben, doch war er (wie der französische Soziologe Didier Eribon prominent dargelegt hat) durch Erfahrungen der Solidarität eine Art Nebensache⁶⁶ – was in Zeiten der Entsolidarisierung⁶⁷ zu bröckeln begann

und in eine dominante Abgrenzung gegen „das Fremde“ mündete.

Reale und imaginierte Entrechtungen und Kontrollverluste verschieben Einstellungen von Arbeiter*innen also im Durchschnitt nach rechts und machen sie für rechtsextreme Politikmuster anschlussfähig. Gleichzeitig ist nachdrücklich auf die Heterogenität dessen, was einst als „Arbeiter*innenklasse“ bezeichnet wurde, hinzuweisen – die zu einem immer größeren Teil aus zugewanderten Menschen besteht, die als Nicht-Staatsbürger*innen auch nicht wahlberechtigt und daher politisch nicht repräsentiert sind.

Aus all dem Gesagten resultiert auf Einstellungsebene also ein Rechtsruck vieler Arbeiter*innen, der auf Wahlebene politisch rechtspopulistisch mobilisiert werden kann und in Österreich seit den 1980er-Jahren mobilisiert wird, wo es die FPÖ unter Haider und Strache verstand, auf der Klaviatur der „sozialen Heimatpartei“ zu spielen.

2017 wagte Strache neuerlich den Schritt in eine Regierungsbeteiligung, diesmal unter ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz. Als Innenminister wurde Herbert Kickl angelobt, der in der Folge unter anderem durch die ihm politisch angelastete und später als rechtswidrig qualifizierte Hausdurchsuchung beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung von sich reden machte, wo sich seine Beamten auffällig für die über Rechtsextremismus in Österreich gesammelten Unterlagen interessierten.⁶⁸ Im Mai 2019 scheiterte die Regierung an den öffentlich gewordenen Korruptionsneigungen Straches, die in einem auf der Insel Ibiza aufgenommenen Video

einer Strache gezielt gestellte Falle deutlich wurden.⁶⁹ Strache musste als Vizekanzler und Obmann der FPÖ zurücktreten.⁷⁰

Ihm folgte sein damaliger Stellvertreter Norbert Hofer nach, der inhaltlich für das oben erwähnte „Handbuch Freiheitlicher Politik“ verantwortlich zeichnete⁷¹ und bei der Bundespräsidentenwahl 2016 zwar in die Stichwahl gekommen, letztlich aber gegen Alexander Van der Bellen unterlegen war. Hofers trotz dieses ideologischen Hintergrunds moderates Auftreten brachte ihn sehr rasch in Gegensatz zu Herbert Kickl, der ihn nach nur zwei Jahren 2021 als Parteiohmann ablöste.⁷²

Herbert Kickl, anders als seine Vorgänger nicht in einer Burschenschaft korporiert, hatte schon seit der Obmannschaft Haiders den öffentlichen Auftritt der Partei durch verbalradikale Redeentwürfe und Propagandaideen wie beispielsweise den einen regelrechten Kulturkampf gegen den Islam begründenden Slogan „Daham statt Islam“⁷³ geprägt. Als Obmann pflegt er nun diese oftmals untergriffige und bewusst oder unbewusst an NS-Vokabular⁷⁴ angelehnte Rhetorik selbst. Zu nennen wären hier Begriffe wie „Systemparteien“ oder „Systemmedien“, „Volkskanzler“, „Volksverräter“ und viele mehr.⁷⁵ Dem entspricht Kickls Distanzlosigkeit zum offen rechtsextremen Umfeld, die er schon Jahre zuvor noch in seiner Funktion als Generalsekretär der Partei unter Beweis gestellt hatte.⁷⁶ Seine Kontakte zur *Identitären Bewegung Österreichs* waren im April 2019 auch Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an ihn in seiner damaligen Funktion als Innenminister gewesen.⁷⁷ Es überraschte daher wenig, als Kickl, nunmehr FPÖ-Obmann, im Rahmen eines Fernsehinter-

views die vom Verfassungsschutz beobachteten *Identitären* als „NGO von rechts“ bezeichnete und sie mit anderen NGOs wie *Global 2000* verglich.⁷⁸ Der von ihm in diesem Gespräch positiv konnotierte Begriff der „Remigration“, ein Propagandabegriff der sogenannten „Neuen Rechten“ und eben der *Identitären*, wurde nur ein Jahr später auch ins FPÖ-Wahlprogramm aufgenommen und floss u. a. in einen 2022 von der Parteijugend verfassten „Remigrationsbericht“ ein.⁷⁹ Dementsprechend hält Kickl „Rechtsextremismus“ auch für ein Konstrukt von aus seiner Sicht un ausgebildeten Verfassungsschützer*innen und Mitarbeiter*innen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes – das sagte er in einem anderen Gespräch im Wahlkampf 2024 und ergänzte es um die Behauptung, dass er keine Personen oder Organisationen kenne, die er als rechtsextrem klassifizieren würde.⁸⁰

Nach den Nationalratswahlen im September 2024, aus denen die FPÖ mit 28,8 Prozent der Stimmen als erstmals stärkste Partei hervorging,⁸¹ stellte Kickl den Kanzleranspruch, nachdem er schon mit der Ansage, künftiger „Volkskanzler“ zu sein, in die Wahl gegangen war. In den nach anderen Verhandlungen dann doch begonnenen Regierungsverhandlungen mit der ÖVP scheiterte er jedoch – einmal mehr hatte sich die FPÖ in ihrer Geschichte gerade nach einem Wahlerfolg und einer dadurch bedingten weiteren Radikalisierung ihrer Positionen selbst in die politische Isolation manövriert.⁸² Kickls Anhänger am rechten Rand des politischen Spektrums hingegen sahen die Schuld u. a. bei einer „Weltelite“ der „Globalisten“, eine Umschreibung der Idee der „jüdischen Weltverschwörung“.⁸³




REMIGRATION UNEINGELADENER FREMDER – RESPEKT FÜR DIE GASTGEBER

Österreich steht heute an einem entscheidenden Wendepunkt. Die fehlgeleitete Migrationspolitik der Vergangenheit hat tiefgreifende Schäden angerichtet und bedroht die kulturelle Identität und den sozialen Frieden unseres Heimatlandes.

Remigration ist ein Überbegriff für einen Paradigmenwechsel in der derzeitigen Asyl-, Grenz- und Migrationspolitik. Sie ist die Folge einer identitätsbezogenen Migrationspolitik und umfasst ein Bündel an Maßnahmen zur Umkehr der Migrationsströme. Die Beseitigung aller Anreize für versorgungssuchende

Wirtschaftsflüchtlinge soll in Verbindung mit Leitkulturpolitik und hohem Anpassungs- und Assimilationsdruck die „Push- und Pull-Faktoren“ für Zuwanderung umkehren.

Konkret sieht Remigration die Rückführung aller illegal Eingereisten auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen, die Sicherung der Grenzen, eine Reform des Asyl-, Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrechts sowie die Schaffung und Förderung von Programmen zur freiwilligen Rückkehr vor. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf islamischen Parallelsellschaften.

ZWANG UND ANREIZE ZUR RÜCKKEHR IN DIE HEIMAT

≡ KRIMINELLE UND EXTREMISTISCHE AUSLÄNDER AUSWEISEN

Nichtstaatsbürger, die in Österreich kriminell werden, sind auszuweisen. Ist die Ausweisung in ihr Herkunftsland nicht möglich, soll ein extraterritoriales Gefängnis mit Abschreckungswirkung für Kriminaltouristen zur Unterbringung dienen. Dänemark errichtet hierzu beispielsweise bereits Gefängnisse auf dem Balkan. Ist nach Verbüßung der Haftstrafe weiterhin keine Abschiebung möglich, so werden die Betroffenen in außereuropäische Migrationszentren überführt. Ausländischen Extremisten, die fremden Nationalismus oder Fundamentalismus verbreiten, ist ebenfalls das Aufenthaltsrecht zu entziehen.

FPOEAT 51

Abb. 4: Das FPÖ-Wahlprogramm 2024 übernahm auch das *identitäre* Konzept der „Remigration“ wortwörtlich. (<https://www.fpoe.at/themen/wahlprogramm-nationalratswahl-2024>, S. 51)

Als Abschluss dieses kurzen historischen Überblicks wollen wir die Frage adressieren, wie sich die FPÖ heute zu ihrer eigenen Geschichte verhält, insbesondere zu ihren Verbindungen zu nationalsozialistischem Gedankengut in den ersten Jahrzehnten nach 1945 und zum Milieu der „Ehemali-

gen“, die andere Parteien bereits seit längerem aufgearbeitet haben.⁸⁴ Die Antwort ist im Bericht einer „Historikerkommission“ der FPÖ zu suchen, die anlässlich der antisemitischen „Liederbuch-Affäre“ im Jahr 2018 eingerichtet wurde – im Liederbuch der pennalen Burschenschaft *Germania*

zu *Wiener Neustadt*, der auch der damalige FPÖ-Spitzenkandidat und heutige Landeshauptfrau-Stellvertreter Udo Landbauer angehörte, waren geradezu Holocaust-verherrlichende Zeilen wie „Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million“ zu lesen gewesen, Ermittlungen nach dem Verbotsgesetz wurden später eingestellt.⁸⁵ Die FPÖ-„Historikerkommission“, ihre Arbeitsweise und ihre Ergebnisse wurden von Margit Reiter, Oliver Rathkolb und Gerhard Baumgartner scharf kritisiert, der ca. 650-seitige Bericht mache den „Gesamteindruck einer wenig durchdachten Materialsammlung“ und erfülle teilweise nicht die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens.⁸⁶ Tatsächlich ist dem Fazit der Kritik, dass zwar nicht mehr die Leugnung von NS-Kontinuitäten in VdU und FPÖ, aber die Relativierung Strategie sei, zuzustimmen. Neben vereinzelt lesenswerten Beiträgen wie jenem Michael Wladikas (der sich vom Gesamtbericht öffentlich distanziert hat) finden sich zahlreiche Beispiele apologetischer Darstellungen, die keineswegs als geschichtswissenschaftliche Analysen bezeichnet werden können. Als Beispiel sei hier Thomas Grischanys Besprechung der FPÖ-Parteiprogramme erwähnt, die kontext- und kritiklos nacherzählt und gegen alle möglichen Einwände „böartiger Kritiker“ und „des politischen Gegners“ verteidigt werden – wenn etwa der zentrale NS-Begriff der „Volksgemeinschaft“ zum Relikt des 19. Jahrhunderts verharmlost,⁸⁷ der Begriff „völkisch“ als Übersetzung von „national“ gedeutet oder die im ersten Parteiprogramm von 1957 wortwörtlich zu findende Forderung nach „Zwangsarbeit für Asoziale“ mit dem Zeitgeist entschuldigt wird.⁸⁸ Ebenso wird die in diesem Bericht

von Christian Hafenecker erstellte Liste an „Einzelfällen“,⁸⁹ in denen lokale FPÖ-Politiker und -Kandidaten nationalsozialistisches oder antisemitisches Gedankengut gezeigt hätten, in der Zusammenfassung des Berichts als Beleg dafür angeführt, „dass es sich dabei in der Regel tatsächlich um bedauerliche, aber insignifikante ‚Einzelfälle‘ handelt, die zwar von Medien und Gegnern aufgeblasen werden, aber nicht auf die Haltung der gesamten FPÖ übertragen werden können bzw. dass die Partei in substantiellen Fällen immer entschlossen durchgegriffen hat“.⁹⁰

Das Fazit der „Historikerkommission“ erschöpft sich in der Feststellung, dass „weder VdU noch FPÖ [...] formell Nachfolgeorganisationen der NSDAP“⁹¹ gewesen wären – die sachlich korrekt ist, denn wäre es so gewesen, wären sie nach dem Verbotsgesetz aufgelöst worden. Doch geht es bei einer ernsthaften politik- und geschichtswissenschaftlichen Untersuchung des Umgangs einer Partei mit ihrer belasteten Vergangenheit, mit ihren personellen Verquickungen mit der NS-Zeit und dem Weiterleben von Bestandteilen nationalsozialistischer Ideologie nicht um die im Verbotsgesetz gesetzten Grenzen des Strafrechts allein. Eine ernsthafte Auseinandersetzung jenseits eines instrumentellen und taktischen Umgangs mit der eigenen Geschichte blieben Kommission und FPÖ bis heute schuldig.

Ideologische Positionen der FPÖ unter Herbert Kickl

In der Fachliteratur, die sich mit Parteien wie der FPÖ beschäftigt, werden – wie in sozialwissenschaftlichen Debatten durch-

5.3. Organisations- und Medienverzeichnis

Die folgenden Seiten bieten eine aktuelle Übersicht des organisierten Rechtsextremismus in Österreich, seiner Publizistik und seines Vorfelds. Auch einige nicht mehr bestehende Gruppierungen und Organe wurden aufgrund ihrer Bedeutung und/oder rezenten Aktivität in das Verzeichnis aufgenommen. Die Bandbreite der Akteur*innen reicht von informellen Zusammenschlüssen ohne Rechtsform bis hin zu Vereinen und politischen Parteien, von Kleingruppen bis zu Verbänden mit zehntausenden Mitgliedern, von Nischenblättern bis zu reichweitenstarken Online-Medien. Nicht zuletzt bestehen maßgebliche Unterschiede in der weltanschaulichen Verortung der gelisteten Akteur*innen. Ihre alphabetische Anordnung dient der Übersichtlichkeit und stellt ausdrücklich keine Gleichsetzung dar.

Die erwähnte ideologische Heterogenität wird durch ein Klassifizierungssystem abgebildet, das zunächst zwischen rechtsextremen Einrichtungen und Vorfeldgruppierungen bzw. -organen unterscheidet. Zusätzlich werden Gruppierungen und Organe im Sinne einer präziseren Bestimmung, wo immer zutreffend, als neonazistisch, deutschnational oder „neurechts“ ausgewiesen (wobei die Klassifikation neonazistisch jene als deutschnational bereits einschließt). Für die nähere Bestimmung dieser Begriffe verweisen wir auf die Fachbeiträge des vorliegenden Handbuchs.

Den Einstufungen liegt die systematische Monitoringarbeit des DÖW zugrunde, die eine Auswertung von Periodika, programmatischen Texten, Online-Auftritten, Flugschriften, Aktivismus im öffentlichen

Raum sowie Bündnis- und Veranstaltungspolitik umfasst. Als analytischer Rahmen für die Einstufung dienen die zentralen definitorischen Merkmale des Rechtsextremismus: ein antiegalitäres Weltbild, ethnozentrisches „Volksgemeinschaftsdenken“ sowie autoritäre Ordnungs- und Politikvorstellungen. Ergänzend werden weitere charakteristische Merkmale beschrieben, die je nach Gruppe oder Organ in unterschiedlicher Kombination und Ausprägung auftreten, darunter Verschwörungsaffinität, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Antipluralismus und Antifeminismus. Im Vorfeld des Rechtsextremismus werden Akteur*innen verortet, die die angeführten Kernkriterien nicht umfassend oder in nicht hinreichender Dichte verwirklichen, aber in ihren Positionierungen, der Wahl ihrer Feindbilder oder ihrer Veranstaltungs- und Kooperationspolitik relevante, über Einzelfälle hinausreichende Überschneidungen mit der extremen Rechten aufweisen.

Die ideologische Einordnung sollte nicht schematisch verstanden werden: Ideologische Selbstbeschreibungen, tatsächliche politische Praxis und organisatorische Verortungen können auseinanderfallen, sich überlagern oder im Zeitverlauf verändern. Einzelne Akteure bewegen sich bewusst in Graubereichen oder nutzen strategische Unschärfen. Auch die Einstufung von Organisationen, die sich auf eng abgegrenzte Themenfelder beschränken oder nur in geringem Umfang an die Öffentlichkeit treten, sich jedoch im rechtsextremen Milieu bewegen, kann nicht schematisch erfolgen. Ziel dieses Verzeichnisses ist es nicht, eine „Rangliste“ problematischer Akteure zu er-

stellen. Vielmehr sollen jene Gruppierungen und Publikationsorgane dokumentiert werden, die für das Verständnis rechtsextremer Milieus, Diskurse und Netzwerke in Österreich von Bedeutung sind.

Jeder Eintrag eröffnet mit Basisdaten zur jeweiligen Organisation bzw. dem jeweiligen Medium, wie Gründungsjahr, Rechtsform und Funktionär*innen. Im Anschluss an die Einstufung wird diese durch eine verbale Charakterisierung, ausgewählte Zitate, eine Zusammenfassung von Aktivitäten und, wo vorhanden, weiterführende Literatur untermauert. Vertiefende Informationen zu vielen Akteur*innen finden sich auch in den einzelnen Beiträgen dieses Bandes.

Abendland

Gegründet: 1958, bis 2020 erschienen als *Neue Ordnung*

Erscheinungsort: Graz

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Medieninhaber und Herausgeber:

→ *Ares Verlag* (seit 2005, bis dahin *Leopold Stocker Verlag*)

Funktionsträger: u. a. Wolfgang Dvorak-Stocker (Geschäftsführer), Achim Lang (Redaktion)

Charakterisierung: rechtsextrem

Abendland ist ein Brückenmedium zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus: Deklariertes Ziel der Zeitschrift ist laut Geschäftsführer Wolfgang Dvorak-Stocker die „Überwindung des Konfliktes zwischen der nationalen und der katholisch-konservativen Rechten in Österreich“ (Nr. II/2020, S. 2). Von anderen hier behandelten Periodika hebt sich *Abendland* durch den Umfang vieler Artikel, philosophische Fragestellungen und

historische Betrachtungen ab, die vor das 20. Jahrhundert zurückreichen. In ideologischer Hinsicht finden sich antiegalitaristische, antiliberalen, rassistische, verschwörungsmythische und antisemitische Inhalte. So ist etwa die Rede von einer geplanten Bevölkerungsreduktion durch „gezüchtete Epidemien“ und „Homogeschlechtlichkeit“ (Werner Olles, Nr. I/2023, S. 11), einer „gesteuerten kulturfernen Massenzuwanderung“ (Wolfgang Dvorak-Stocker, Nr. II/2020, S. 3) oder einer „Weltregierung des heimatlosen Großkapitals“ (Endre A. Bárdossy, Nr. I/2021, S. 19). Immer wieder finden sich Texte von NS-Literat*innen wie Johannes Linke (Nr. IV/2020, S. 51 f.) oder Agnes Miegel (Nr. I/2021, S. 50 f.). Dvorak-Stocker selbst prognostiziert in der Zeitschrift einen „neuen nationalen Mythos“, der „die Deutschen mit ihrer tausendjährigen Geschichte“ verbinden und „eine positive Neuinterpretation der Person Hitlers und des Nationalsozialismus“ mit sich bringen werde (Nr. II/2016, S. 43). Der Kreis der Autoren und (selten) Autorinnen deckt unterschiedliche Sektoren der politischen (extremen) Rechten ab. Darunter finden sich auch Repräsentanten des neonazistischen Spektrums wie der langjährige NPD-Politiker Arne Schimmer (Nr. II/2021, S. 53; Nr. II/2022, S. 52–54).

Aktivitäten: Die vierteljährlich erscheinende Print-Zeitschrift wird durch eine Website ergänzt. Gelegentlich werden unter der Marke *Abendland* auch öffentliche Vorträge ausgerichtet. Unter den Eingeladenen fanden sich in jüngerer Vergangenheit u. a. David Engels, Friedrich Romig, Marcus Pretzell, Herbert Kickl, Götz Kubitschek, Barbara Rosenkranz, Albert Pethö und Alexander Markovics.

Zum Weiterlesen: DÖW, Neue Ordnung.

Aktion 451

Gegründet: August 2023

Sitz: Österreich, Deutschland, Schweiz – Fokus auf Wien

Aktivist*innen: u. a. Christoph Albert, Wieland Kubitschek, Matthias Ohm, Andreas Hinteregger, Hannah Kornmesser

Charakterisierung:

rechtsextrem | „neurechts“

Der Name der *Aktion 451* ist eine Anspielung auf Ray Bradburys dystopischen Roman „Fahrenheit 451“, der von Bücherverbrennungen – bei einer Temperatur von 451°F – handelt. So richtet man sich laut Selbstbeschreibung gegen angebliche „Denkverbote“, „Cancel Culture“, ein „linkes Monopol“ und „antiweiße Ideologie“ an den Universitäten (*aktion451.at*, „Wer wir sind“). Dagegen wolle man selbst „[f]ür die Wahrheit kämpfen, wo sie lügen. Sport treiben, wo sie schwach sind. Die Bücher lesen, die sie am liebsten verbrennen würden.“ Das deklarierte Ziel der Gruppe, die sich stilistisch wie auch personell dem „neurechten“ Spektrum zuordnen lässt und sich aus der → *Identitären Bewegung* und dem verbindungstudentischen Milieu rekrutiert, ist „die Renaissance der rechten Intelligenz an den Universitäten“ (ebd., „Warum wir an die Unis gehen“). Inhaltlich bedient man sich am „Schatz konservativer, rechter, reaktionärer Ideen“ (Podcast „Wer wir sind und was wir wollen!“, YouTube, 7.5.2024) und arbeitet daran, Vordenker des Faschismus, Antiliberalismus und Antiegalitarismus wie Carl Schmitt, Ernst Jünger und Oswald Spengler oder aktuelle Ikonen der extremen Rechten wie Alain de Benoist und Armin Mohler salonfähig zu machen.

Aktivitäten: Die *Aktion 451* weist keine eigenständige Rechtspersönlichkeit auf. Erstmals berichtete Martin Sellner im Juni 2023 über einen „neurechten Lesekreis[] für Studenten“ (Telegram, 5.6.2023), der sich dem Hauptwerk des italienischen Faschisten Julius Evola widmete. Ab August 2023 folgten regelmäßige öffentlich beworbene Treffen und Social-Media-Kampagnen (auf X, Instagram, Telegram, TikTok und YouTube). Während Lesekreise in verschiedenen Städten in Österreich, Deutschland und der Schweiz stattfinden, organisiert die Wiener Gruppe auch regelmäßige Veranstaltungen – zum Beispiel mit dem deutschen rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek (November 2023) oder dem US-Amerikaner Curtis Yarvin (Februar 2026) – sowie Aktionen im Umfeld der Wiener Universitäten. Diese reichen von Flyer- und Plakatkampagnen über inszenierte öffentliche Debatten unter dem Motto „Diese Uni ist zu links – Change My Mind“ (April 2024) bis hin zu seit dem Wintersemester 2025/2026 veranstalteten „Studententreffen“ und einem wöchentlichen „Sport-Club“ für den „gesunde[n] Geist in einem gesunden Körper“ (Instagram, 12.11.2025).

Aktionsgemeinschaft für Politik / Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP)

Gegründet: 1963 als *Arbeitsgemeinschaft für Politik* (1975 behördlich aufgelöst), 1975–2023 *Aktionsgemeinschaft für Politik*, 1978 als *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* ins Parteienregister eingetragen.

Sitz: Wien

Aktivist*innen: u. a. Sepp Kraßnig (verst.), Ingrid Kraßnig, Horst Ludwig (verst.), Konrad Windisch (verst.), Manfred Hubral, Hermino Redondo (verst.)

Charakterisierung:

rechtsextrem | neonazistisch

Über Jahrzehnte fungierte die AfP als Knotenpunkt der rechtsextremen Szene in Österreich und ideologisches Scharnier zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus. Als ihr Kopf galt der seit den 1950er-Jahren im neonazistischen Milieu aktive Konrad Windisch (1932–2024), der mehrfach nach dem Verbotsgesetz verurteilt wurde. Im AfP-Organ *Kommentare zum Zeitgeschehen* erschienen wiederholt Beiträge mit neonazistischem und revisionistischem Inhalt sowie Werbung für Publikationen, die den Holocaust leugnen und den Nationalsozialismus verherrlichen. Regelmäßig wurden neonazistische Periodika beworben, Grußadressen an inhaftierte Neonazis gerichtet und lobende Nachrufe auf verstorbene Gesinnungsfreunde veröffentlicht, etwa auf Walter Ochensberger (→ *PHOENIX*) als „Freiheitskämpfer“ (Nr. 570/2021, S. 3). Als Quelle, um „im Internet objektiv informiert“ zu werden, wurde die neonazistische *Metapedia* empfohlen (u. a. Nr. 568/2021, S. 3). Auch rief man zur Über-

mittlung von „Adressen von Gesinnungs-terroristen“ auf, damit diese sähen, „daß es WIDERSTAND gibt“ (Nr. 567/2020, S. 3).

Im Verfassungsschutzbericht 2007 wurde der AfP „eine ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus“ attestiert. Der Verfassungsjurist Heinz Mayer kam 2005 zu dem Schluss, „dass die von der AFP zu verantwortenden Publikationen seit Jahrzehnten massiv gegen die Bestimmungen des Verbotsgesetzes verstoßen. Offenkundige und verbrämte Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen und Maßnahmen, zynische Leugnung von nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen, eine hetzerische Sprache mit deutlich aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und ‚Volksfremde‘ sowie eine Darstellung ‚des Deutschen‘ als Opfer sind typische und stets wiederkehrende Signale.“ (Mayer, Rechtsgutachten, S. 14)

Obwohl formal selbst als Partei konstituiert, rief die AfP zur Wahl der FPÖ auf.

Aktivitäten: Die AfP organisierte jährlich eine „Politische Akademie“ (1966–2015), bei der „neurechte“ Ideologen, Funktionär*innen der FPÖ, Neonazis und Holocaustleugner*innen wie Ursula Haverbeck zusammentrafen. Neben den *Kommentaren* betrieb sie auch die Periodika *Wiener Beobachter* und *Weitblick* sowie eine Website. In den *Kommentaren* berichtete sie regelmäßig über Flugblattaktionen in ganz Österreich und kündigte Vorträge sowie Leserreisen an. 2001 entstand in Oberösterreich die *AfP-Jugend*, aus der 2003 der neonazistische → *Bund freier Jugend* hervorging. Seit Einstellung der genannten Periodika Ende 2021 sowie wenig später auch ihrer Website ist die AfP nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Zum Weiterlesen: Mayer, Rechtsgutachten.

alles roger?**Gegründet:** 2015, eingestellt 2019**Erscheinungsort:** Chvalovice, Tschechien**Erscheinungsweise:** monatlich**Medieninhaber und Herausgeber:** *Excalibur Media*, Ronald Seunig**Funktionsträger*innen:** u. a. Karel Hudec (Geschäftsführung), Peter Westenthaler (Verlagsleitung), Regina Zeppelzauer (Chefredaktion), Roland Hofbauer (Chefredaktion), Klaus Faißner (verst., Chefredaktion)**Charakterisierung:** Vorfeld

Das selbsternannte „Querformat für Querdenker“ zielte durch bunte Aufmachung und Lifestyle-Berichterstattung auf ein breites Publikum ab, ließ aber in seinen politischen Inhalten wie auch auf sprachlicher Ebene umfangreiche Parallelen zur rechtsextremen Publizistik erkennen. Wie dort wurde auch in *alles roger?* über „Gesinnungsterror“ (Klaus Faißner, Juli 2019, S. 27), „Nationalmasochismus“ (Andreas Unterberger, Februar 2018, S. 46) und „Multikulti-Zwang“ (Faißner, Februar 2018, S. 57) geklagt. Man ortete eine linke Meinungshegemonie in den „Hauptstrommedien“ (Faißner, Mai 2017, S. 49) sowie eine allenthalben geschwungene „Nazi-Keule“ (Helmut Neuhold, März 2018, S. 15) und bediente sich abwertender und rassistischer Bezeichnungen, etwa von Muslim*innen als „Mohammedaner“ (u. a. Neuhold, November 2017, S. 57, Florian Machl, Februar 2018, S. 37). Daneben fiel *alles roger?* vor allem durch verschwörungsmithische Inhalte mit meist anti-amerikanischer und/oder antisemitischer Stoßrichtung auf, etwa in Artikeln über die „größten Lügen der USA“ (N. N., April 2015, S. 35), die „9/11-Lüge“ (ebd., S. 36) oder ver-

meintliche „okkulte Zeremonien“ der in antisemitischen Verschwörungsdiskursen omnipräsenten „Rothschilds“. Der entsprechende Artikel endete mit dem Aufruf, „den Rothschilds die Maske vom Gesicht zu reißen“ (N. N., April 2015, S. 49). Platz fanden in *alles roger?* auch revisionistische und schuldabwehrende Narrative, etwa über einen vorherrschenden „Gedenkkult“, der als „politische Waffe des politischen Establishments“ einer „Umerziehungspolitik“ diene (Faißner/Neuhold, März 2018, S. 15). Den Bogen zum Revanchismus schlug ein Beitrag, der „die Polen“ beschuldigte „auf riesigen Gebieten, die sie dem deutschen Volk geraubt haben“, zu sitzen (Neuhold, Mai 2018, S. 62). Die publizierten Interviews umfassten zunächst Vertreter*innen verschiedener Parteien. Zunehmend fanden sich aber nur noch Freiheitliche (u. a. Harald Vilimsky, Herbert Kickl, Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer) bereit, neben besagten Inhalten (oder auch einem Interview mit → IBÖ-Anführer Martin Sellner) aufzuscheinen. Inserate wurden u. a. von der FPÖ Wien, deren „Wiener Akademikerball“, den *Freiheitlichen Arbeitnehmern*, → *Info-DIREKT*, → *Frank&Frei* und dem deutschen *COMPACT*-Magazin geschaltet.

Aktivitäten: Der Unternehmer Ronald Seunig versuchte mit hohem Ressourceneinsatz, seiner Zeitschrift Breitenwirkung zu verschaffen. Sie erschien nach eigenen Angaben in einer Auflage von 200.000 Stück, war günstig bepreist und wurde auch über Gratisverteilkaktionen verbreitet. Die begleitende Website ist noch heute aktiv. 2018 diskutierte Roland Hofbauer für die Zeitschrift auf einem Podium mit Michael Scharfmüller (*Info-DIREKT*) und Stefan Juritz (*Tagessstimme*) im damaligen Linzer *Identitären*-Zentrum.

alpen-donau.info**Gegründet:** 2009, eingestellt 2011**Erscheinungsort:** online, organisatorischer Schwerpunkt in Wien und Wiener Neustadt**Aktivist:en:** u. a. Gottfried Küssel, Felix Budin**Charakterisierung:****rechtsextrem | neonazistisch**

Bei dieser Website, gestaltet in der Art eines Blog, handelte es sich um eines der ersten rechtsextremen Online-Medien von Relevanz aus Österreich. Das Projekt ging maßgeblich aus den alten Strukturen der → *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO) und der Jugendgruppen der → *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP) hervor. Anonym betrieben und auf US-amerikanischen Servern gehostet, veröffentlichte die Seite neben Artikeln auch Reden, Bekennerschreiben zu neonazistischen Anschlägen, Aufrufe zu Protestaktionen und Solidaritätsbekundungen. Inhaltlich dominierten NS-Verherrlichung, militanter Antisemitismus, offener Rassismus und die Diffamierung politischer Gegner*innen. Wiederholt wurde auch zu Gewalt gegen diese aufgerufen.

Das zeitgeistig gestaltete Erscheinungsbild der Seite war Ausdruck eines von zunehmender Militanz begleiteten Generationenwechsels in der Neonaziszene. Mit Aktualitätsanspruch und Rebellenpose wurde versucht, den Neonazismus jugendkulturell zu verankern, die zersplitterte Szene zu einigen und zu mobilisieren. In der Selbstdarstellung der aus rechtlichen Gründen streng konspirativ agierenden Verantwortlichen wurden „alle freiheitsliebenden Volksgenossen [...] auf die Straße“ gerufen („Aktu-

ell“, o. D.). Als neonazistischer „Widerstand“ und in lose verknüpften Kleingruppen organisiert sollte für den „nationale[n] Sozialismus“ gekämpft werden („Über mich“, o. D.). Die „Ursache des Übels“ wurde im demokratischen System geortet („Aktuell“, o. D.). Aus einer Haltung der Totalopposition gegen die Demokratie wurde auch immer wieder grundsätzliche Kritik an der FPÖ geübt, der man etwa vorwarf, „über den Umweg der Integration“ den „Volkstod“ (6.5.2009) zu fördern. Antisemitismus wurde offen artikuliert – etwa in einschlägigen Beschimpfungen des damaligen Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant (z. B. 27.5.2009).

Die eigene Verortung im Neonazismus demonstrierte das Projekt auch durch affirmative Beiträge über zentrale Akteure der österreichischen Szene wie Gerd Honsik (27.4.2009) oder die Publikation eines Texts von Gottfried Küssel (3.5.2009). Küssel, Felix Budin und eine weitere Person wurden 2013 als Verantwortliche hinter *alpen-donau.info* nach dem Verbotsgesetz zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Aktivitäten: Die Website wurde von einem Forum (*alinfodo.com*) begleitet, in dem ebenfalls einschlägige (neonazistische) Inhalte verbreitet und ausgetauscht wurden. Bis zur Zerschlagung des Projekts 2011 wurden von dessen Proponenten bzw. Sympathisant*innen wiederholt auch Sticker-, Schmier- und Banneraktionen (v. a. in Wien und Wiener Neustadt) durchgeführt. 2014 wurde die Seite kurzzeitig vom früheren Grazer *Jungfreihheitlichen* Richard Pflingstl reaktiviert, um gegen die Verurteilung der Verantwortlichen Stimmung zu machen.

Anderl-Bote

Gegründet: 1990

Erscheinungsort: Peuerbach (Oberösterreich)

Erscheinungsweise: jährlich (zuletzt 2024)

Medieninhaber und Herausgeber: *Verein Freunde des Seligen Anderl von Rinn und Herausgeber des Anderl-Boten*

Funktionsträger*innen: u. a. Franz Wiesinger (Obmann, für den Inhalt verantwortlich), Johann Wilde (Stellvertreter), Rosa Wiesinger (Kassierin)

Charakterisierung: **Vorfeld**

Das jährlich im Umfang von wenigen Seiten erscheinende Heft widmet sich der Aufrechterhaltung der Ritualmordlegende um das „Anderl von Rinn“ – ein christliches Kind, das im 15. Jahrhundert im Tiroler Ort Rinn angeblich von Juden getötet wurde. Im *Anderl-Boten* wird diese antisemitische Erfindung bis heute als Tatsache dargestellt (zuletzt in der Ausgabe von 2024, S. 2–5). Die Publikation erschien erstmals 1990 und ab der zweiten Ausgabe 1997 im Jahresrhythmus. Neben Texten über das „Selige Anderl von Rinn“ beinhaltet sie Predigten, politische Appelle, Auszüge aus einschlägigen Büchern, Interviews, Spendenaufrufe für „Meßstipendien“, Veranstaltungsberichte und -ankündigungen. Antisemitische Mythen werden darin nicht nur in Form der Anderl-Legende verbreitet, sondern etwa auch in Bezug auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, von denen behauptet wird, sie seien unter Beteiligung „des MOSSAD wie amerikanischer Wirtschaftsimperien der Ostküste“ vonstattengegangen (Robert Prantner, 2003, S. 6). Während der Covid-19-Pandemie wurde mit der

Behauptung gegen die Schutzimpfung agitiert, der Impfstoff würde aus „ermordeten Babys“ gewonnen (Ärzte für das Leben, 2022, S. 7) und die Impfkampagne diene dem „erklärten (!!)-Ziel“ von Bill Gates, „der Menschen Zahl auf diesem Globus auf 500 Millionen zu reduzieren“ (Johann Wilde, 2021, S. 19). Die weltanschauliche Verortung der Publikation zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus unterstreichen auch Klagen über eine vermeintliche „(geplante!) Völkerwanderung nach Europa“ (Wilde, 2017, S. 4), ein Europa, das „verseucht durch Pornographie und Homosexualität, geschwächt durch Promiskuität, Massenabtreibung und Sterbehilfe“ sei (Wilde, 2023, S. 9) oder die den Holocaust relativierende Rede von Sterbehilfe als „Alten-Endlösung“ (Wilde, 2017, S. 4).

Aktivitäten: Das Heft dient maßgeblich der Mobilisierung für das vom Herausgeberverein jährlich im Sommer abgehaltene „Anderlfest“ in Rinn. Obwohl die katholische Kirche (Erzdiözese Innsbruck) die antisemitische Legendenpflege 1994 untersagt hatte, die Kirche in der Rinner Ortschaft Judenstein umbenannte und umgestaltete, wird nach wie vor – ohne kirchlichen Segen – eine entsprechende Feier durchgeführt. Weiters rief der *Anderl-Bote* wiederholt zum Wiener „Marsch für die Familie“ auf, der ein ähnliches Publikum anspricht.

Zum Weiterlesen:

Dengler, Legende.

Fresacher, Anderl von Rinn.